

Demokratie braucht Wissenschaft

In Zeiten, da sich die gesellschaftlichen Gruppen immer mehr voneinander abkapseln, droht auch die Wissenschaft zu einer Meinungsblase unter vielen zu werden. Doch um die globalen Probleme zu lösen – allen voran den Klimawandel –, braucht es wissenschaftliche Expertise. Die Wissenschaft sollte deshalb das Gespräch mit Gesellschaft und Politik suchen, forderte der Bundespräsident auf einer Veranstaltung der deutschen Wissenschaftsorganisationen am 26. September 2019 in Berlin. Seine Rede können Sie hier im Wortlaut nachlesen.

REDE VON BUNDESPRÄSIDENT FRANK-WALTER STEINMEIER

Wie schön, heute bei Ihnen zu sein zum Abschluss dieser ebenso wichtigen wie vielfältigen Reihe zur Wissenschaftsfreiheit, mit der Sie den 70. Geburtstag unseres Grundgesetzes begleitet haben. (...) Es tut gut, zu sehen, wie klar und deutlich unsere Wissenschaft bei einem so wichtigen Thema – der Verfasstheit unserer Gesellschaft – mit einer Stimme sprechen kann. (...)

Sie rufen uns – pünktlich zum Verfassungsgeburtstag – deutlich und unmissverständlich zu, dass wir in sieben Jahrzehnten unter diesem Grundgesetz etwas geschafft haben, worauf wir stolz sein können, nämlich einen großen Konsens über die Freiheit der Wissenschaft in unserem Land. Ich füge hinzu: Zum Glück ist das so, allen Anfechtungen zum Trotz und weit über die Wissenschaftsgemeinde hinaus!

Diesen Konsens kann man in zwei Sätzen zusammenfassen, die wir wohl alle schon oft gehört haben. Erstens nämlich: Die Freiheit der Wissenschaft ist ein hohes Gut in unserer Demokratie, als Grundrecht verbrieft durch unsere Verfassung, und wir alle

sind gehalten, sie zu pflegen, zu schützen und nötigenfalls auch zu verteidigen. Und zweitens: Zur Freiheit der Wissenschaft gehört in der liberalen Demokratie geradezu spiegelbildlich auch eine Erwartung,

.....
**Wir sehen Angriffe auf die
freie Wissenschaft – weltweit
und sehr konkret**

nämlich die Erwartung an die Verantwortung der Wissenschaft für die Welt, die sie erforscht, für die Gesellschaft, in der sie forscht, für Mensch und Natur ganz allgemein.

Ich glaube, jede und jeder von Ihnen wird mir zustimmen, wenn ich sage: Die wissenschaftliche Freiheit, die wir schützen müssen, und die Verantwortung, die aus dieser Freiheit erwächst, sie beide gehören untrennbar zusammen. So, meine Damen und Her-



„Erhellen Sie unsere Demokratie“: Bundespräsident Steinmeier ermutigt die Wissenschaft, sich konstruktiv in die politische Diskussion einzumischen.

ren, wär's das dann auch schon? (...) Wissenschaftsfreiheit bestätigt, einen Schritt näher am Buffet.

Nein, die Einigkeit in diesem Raum ist wohl kaum repräsentativ für den Zustand der Welt. Wir sehen Angriffe auf die freie Wissenschaft – weltweit und sehr konkret. Dazu brauchen wir nicht einmal in andere Weltteile zu schauen, in die starken oder neu erstarkenden autokratischen Systeme etwa, wo Freiheit nur wenig gilt, in Länder, in denen die Wissenschaft Autorität und Ideologie zu dienen hat.

Dazu müssen wir auch nicht erst über den Atlantik blicken, wo jahrzehntelang erarbeitete wissenschaftliche Erkenntnisse mit einem kantigen Tweet beiseite gewischt werden – und schlimmstenfalls die öffentliche Unterscheidbarkeit zwischen dem einen und dem anderen gleich mit. Nein, dazu müssen wir

Ich wünsche mir Universitäten als Orte, an denen Demokratie eingeübt wird

nur auf Europa schauen, wo eine ganze Universität außer Landes getrieben wird, wo sich manche Wortführer schon eine Welt ohne vermeintlich lästige Experten wünschen, ohne kritische Geister und mit einer Wissenschaft, die sich ganz der politischen Linie untertan macht.

All das muss uns besorgen. Und mehr als das: Wir müssen unsere Stimme erheben, wo Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler unter Druck stehen, und wir müssen helfen, wo wir es können – zum Beispiel auch dann, wenn Forscherinnen und Forscher aus diesen Ländern Zuflucht bei uns suchen. Der Zustrom von bedrohten Wissenschaftlern zeigt: Dieses Deutschland – mit seiner wahrhaft schwierigen Geschichte – ist heute vielen ein Hafen der Vernunft geworden, ein Partner für jene, die weltweit die Freiheit des Geistes und die Freiheit des Wortes einfordern. Lassen Sie uns diesen Anspruch bitte bewahren! Ja, die Wissenschaftsfreiheit gilt etwas in diesem Land. Aber ein Grund zum Ausruhen ist das nicht! Gerade in dieser Weltlage, gerade weil wir tagtäglich sehen oder hören können, wie Wissenschaftsfreiheit

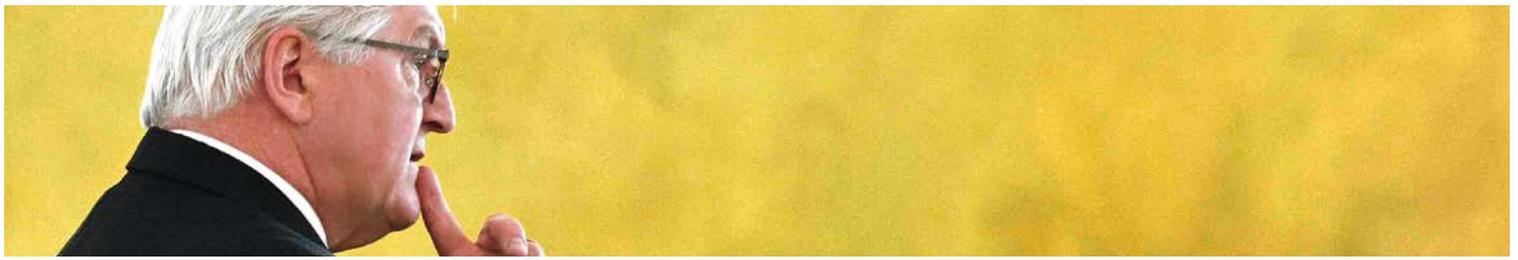
angefochten wird, sollten wir uns doch selbst fragen, wie wir dieses uns so teure Grundrecht für die Zukunft absichern können.

Ich will auf drei Bereiche besonders eingehen. Erstens hat wissenschaftliche Freiheit immer auch eine materielle Komponente. Sie, die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler unseres Landes, haben Anspruch auf ein starkes finanzielles Fundament. Spitzenforschung auf internationalem Niveau, wie wir alle sie uns wünschen, genauso aber geistige Unabhängigkeit und Kreativität, all das bedarf einer angemessenen Ausstattung.

Unser Land muss sich in dieser Hinsicht sicherlich nicht verstecken, gerade nach den steigenden Investitionen in den letzten anderthalb Jahrzehnten. Aber diesen Anspruch zu erhalten, wird in den kommenden Jahren zumindest nicht einfacher. Dazu gehört, dass Universitäten und Forschungseinrichtungen sich der Bedingungen ihrer Unabhängigkeit bewusst bleiben und sie in jede Richtung verteidigen – das gilt in Richtung Politik, aber das gilt auch im Bereich der Drittmittel, etwa aus der Wirtschaft. In meinen Augen steht aber eines fest: Für die materiellen Grundlagen der Wissenschaft trägt zuallererst der Staat die Verantwortung – und es schadet nicht, wenn Sie ihn immer mal wieder daran erinnern.

Zweitens muss wissenschaftliche Freiheit nicht nur an der Spitze gelten, sondern auch für den Nachwuchs. Ich wünsche mir Universitäten als Orte, an denen Demokratie eingeübt wird. Und damit die Uni ein Ort der Demokratie sein kann, muss sie zuallererst ein Ort der Freiheit sein. Manche beklagen, dass das Studium heute dem Einzelnen zu wenig Raum gibt zur Sinnsuche und zur Verortung in der Gesellschaft. Ich halte das für etwas übertrieben. Aber bei aller Strukturierung und Leistungssteigerung durch Bologna, mit Bachelor und Master, Modulen und Betonung ist doch eines wichtig: Die Freiheit der Studierenden, von der Wahl des Studienwegs bis hin zur intellektuellen Entfaltung über die Grenzen des eigenen Fachs und des eigenen Landes hinweg, diese Freiheit gehört in den Kern akademischer Bildung, und dort sollte sie bleiben.

Und später, bei den Doktoranden und Assistenten, ist es natürlich auch die Freiheit zur Entwicklung eigener Forschungsschwerpunkte, unbeschwert von überkommenen Abhängigkeiten und überschie-



ßender Einflussnahme durch die Altvorderen. Denn die Wissenschaftsfreiheit, zu der wir uns heute miteinander bekennen, die beginnt ja nicht erst mit der W-Besoldung, sondern die brauchen ganz gewiss auch Wissenschaftliche Mitarbeiter, Doktorandinnen und Postdocs.

Drittens schließlich, und das ist der wichtigste Punkt, müssen wir die Freiheit der Forschung in der Gesellschaft absichern. In meinen Augen gelingt das nur, indem wir Vertrauen in ihre Verfahren und Vorgehensweisen stiften und, wo nötig, erneuern. Das berüchtigte „postfaktische Zeitalter“ ist ja nicht nur in anderen Weltteilen ausgebrochen. Auch in Deutschland sagen bereits 43 Prozent der Befragten, dass Fakten Ansichtssache seien. Dieser Befund kann und muss uns beunruhigen. Wir müssen seine Gründe verstehen, ja – aber mehr noch: Wir müssen damit umgehen!

Ich glaube: Wo das Vertrauen in wissenschaftliche Erkenntnisse selbst fehlt, da ist das Vertrauen in den Prozess, in dem diese Erkenntnisse entstehen, umso wichtiger. Der Prozess muss glaubwürdig sein – indem er sich nicht in den Dienst vordergründiger Interessen stellt. Indem er auf nachvollziehbare Argumente setzt, auf überprüfbare Fakten, auf transparente Methodik. Und indem er ehrlich unterscheidet zwischen gesicherten Erkenntnissen und Hypothesen, die auch in der Wissenschaft selbst noch umstritten sind.

Die Wissenschaft darf – unter dem Druck einer polarisierten Öffentlichkeit – nicht zu einer Meinungsblase unter vielen verkommen. Deshalb will ich alle Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ermutigen: Beteiligen Sie sich auch weiterhin am wissenschaftlichen Prozess mit dem Ehrgeiz und dem Anspruch, an der „Produktion von Wahrheit“ mitzuwirken. Denn gesellschaftlicher Fortschritt braucht die Grundlage Ihrer Erkenntnisse. Die großen Zukunftsthemen brauchen nicht nur den emotionalen, sondern auch den gut informierten Streit! Ja, für das Vertrauen in Wissenschaft muss Politik einstehen und werben – aber für dieses Vertrauen muss auch die Wissenschaft selbst immer wieder sorgen. Denn ohne Vertrauen in die Forschung wird die Gesellschaft blind für die Chancen der Zukunft und die Wissenschaft zum leichten Ziel für Feinde der Freiheit!

Vor einigen Monaten war ich in Island, einem kleinen Land am äußersten Rand Europas, das die Auswirkungen des menschengemachten Klimawandels existenziell zu spüren bekommt. Sie können sich denken, was es für ein Land, das das „Eis“ sogar im Namen trägt, bedeutet, wenn erste Gletscher – schon

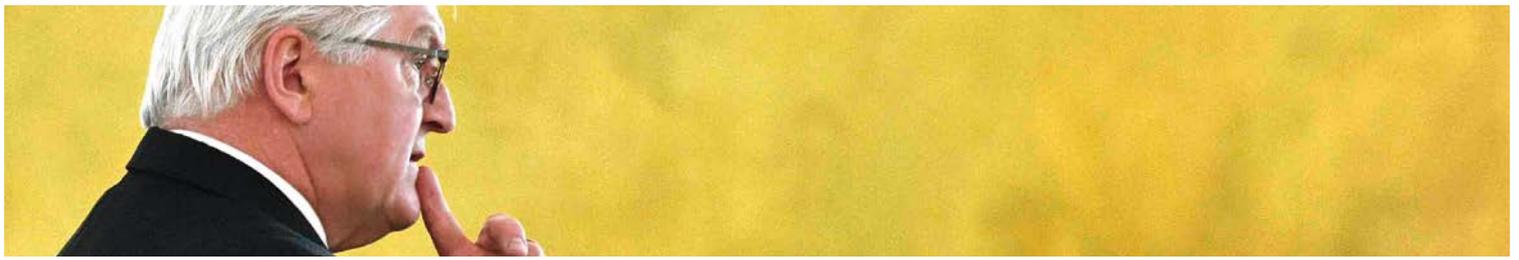
Unverständnis sollte nicht der Modus zwischen Wissenschaft und Politik sein

heute – aufhören zu existieren. Wie oft bei solchen Reisen hatte ich auch Gäste aus Deutschland eingeladen, unser Land zu vertreten. Darunter sind immer wieder auch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler – auch so mancher und manche in diesem Saal –, und ich bin froh darüber.

Nun saßen wir auf jener Islandreise und diskutierten mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern über den Klimawandel, und eines war klar: Die Echtheit der Fakten hat hier niemand infrage gestellt. Die Daten und deren Interpretation waren nicht das Thema.

Thema war vielmehr, warum „die Politik“ nicht handelt, wieso „die Politik“ ihrer Verantwortung nicht gerecht wird, weshalb „die Politik“ – die der Wissenschaft doch nur endlich zuhören müsse! – die notwendigen Maßnahmen schleifen lässt. Damit bin ich bei einem weiteren Thema, das mich in diesen Tagen ganz besonders bewegt und über das wir sprechen müssen, wenn es um Wissenschaftsfreiheit und -verantwortung geht: das Verhältnis von „der Wissenschaft“ und „der Politik“ nämlich.

Gerade beim Großthema unserer Zeit, beim Klimaschutz, sehe und höre ich viel Unverständnis, viel Enttäuschung, viel Verdruss, wenn aus der Wissenschaft auf „die Politik“ geschaut wird. Ich sehe und höre, wie „der Politik“ – nicht nur auf Präsidentenreisen, sondern auf den Marktplätzen des ganzen Landes – unter Verweis auf wissenschaftliche Fakten blankes Verzögern und Versagen vorgeworfen wird. Lassen Sie mich eines vorneweg sagen: Als Bundespräsident kann es mir nicht darum ge-



hen, der einen oder der anderen Seite beizuspringen. Als Bundespräsident geht es mir darum, wie sie zueinanderfinden.

Gewiss: Ungeduld ist berechtigt. Und auch Kritik ist berechtigt. Natürlich liegt das Heft des Handelns zuallererst bei der Politik. Ebenfalls richtig ist, dass Deutschland, das einmal Vorreiter bei Klimaschutz und bei der Entwicklung der erneuerbaren Energien war, Gefahr läuft, diese Position, sogar diesen Ehrgeiz

Wir sollten Demokratie als Raum zum gemeinsamen Knotenlösen verstehen

zu verlieren. Wir haben uns, und zwar schon vor Jahren, ehrgeizige Ziele gesetzt – jetzt zählt der politische Wille, die gesteckten Ziele auch wirklich zu erreichen! Daran muss Klimapolitik sich messen lassen, und dafür muss sie mutig und entschieden handeln.

All das ist richtig. Die Dringlichkeit des Handelns kann keiner mehr leugnen. Aber allein damit ist es eben nicht getan. Carl Friedrich von Weizsäcker hat die Maxime geprägt, es sei „die erste Verantwortung des Wissenschaftlers, die Verflechtung von Erkenntnis und Weltveränderung zu erkennen“. Ja, Erkenntnis und Weltveränderung sind eng verflochten – aber sie sind eben nicht ein und dasselbe! „Schade eigentlich“, mag der eine oder andere von Ihnen denken, und der alte Platon würde Ihnen vermutlich zustimmen. Wir bräuchten Philosophenkönige – stattdessen haben wir Unterausschüsse, Gipfeltreffen und Klimakabinette.

Als Bundespräsident stehe ich hier nicht, um Politik zu rechtfertigen – erst recht nicht einzelne Entscheidungen, die die Koalition zum Klimaschutz getroffen hat. Aber ich will daran erinnern: Demokratie funktioniert nicht wie Wissenschaft. In der Demokratie zählen nicht allein der messerscharfe Verstand, Bestenauslese, Peer Review und Impact Factor. Die Politik in der Demokratie folgt eigenen Regeln. Sie sollte nicht schon deshalb – auch nicht von der Wissenschaft – als prinzipiell entscheidungsunfähig oder gar störend abgetan werden.

Wissenschaft ist ihrem Wesen nach zuallererst erkenntnisorientiert – Politik ihrem Wesen nach handlungsorientiert. Das bedeutet: Demokratie braucht Wissenschaft – unbedingt sogar! –, aber Demokratie braucht auch vieles andere mehr: das Abwägen von Sichtweisen und Prioritäten, den Ausgleich von Interessen, das Werben um Mehrheiten, das Ringen um Kompromisse, die Verantwortung für Menschen und Familien, die Sorge um die, die auf der Straße des Fortschritts zurückbleiben. Politik – Klimapolitik ganz besonders – ist umso wirksamer, je mehr Menschen die Chance haben, mitzutun und mitzuziehen.

In der Diskussion auf der Islandreise hatte ich aber den Eindruck, dass wir geradezu in unterschiedlichen Sprachen aneinander vorbeigeredet haben. Dass wir zunehmend in die Falle liefen, „die Wissenschaft“ und „die Politik“ als zwei umeinander kreisende Planeten zu betrachten, die sich abgehackte Funksprüche im Kommandoton zumorsen und sich dann rituell übereinander ärgern, wenn die Gegenseite nicht sofort „Roger“ zurückfunkelt. Mein wichtigstes Anliegen heute ist dies: Unverständnis und Sprachlosigkeit dürfen nicht zum Modus zwischen Wissenschaft und Politik werden!

Und das fordert beide Seiten! Politik, auf der einen Seite, darf eben nicht den einfachen Weg gehen, den Weg des kleinsten gemeinsamen Nenners, des geringsten Widerstandes. Politik soll treiben – und nicht Getriebene sein, wie es beim Klimawandel allzu oft den Anschein hat. Politik muss den Mut haben, auch den großen Schritt zu wagen. Politik kann die Spielräume nutzen, die gerade zurzeit von der Zivilgesellschaft eröffnet werden. Und gerade bei einem so hochkomplexen Thema wie dem Klimawandel gilt: Politik braucht Sachverstand und Evidenz. Politik sollte wieder häufiger den Weg in Seminarräume und Labore suchen. Politik muss sich immer wieder zumuten, den Rat von Experten einzuholen, sie muss auf wissenschaftliche Expertise setzen – und diese Expertise auch gegen die notorischen Vereinfacher, Stimmungsmacher und Populisten verteidigen.

Aber mein Appell gilt auch umgekehrt. Auch die Wissenschaft, gerade weil sie besondere Freiheiten und Privilegien genießt, trägt eine besondere Verantwortung für das Gelingen von Demokratie. Das heißt zuallererst, dass sie sich selbst und der Öffentlichkeit gegenüber ehrlich und transparent bleibt in

der Weber'schen Unterscheidung von Sach- und Werturteil. Und das heißt im Weiteren: Wenn Wissenschaft normativ urteilt, wenn sie notwendige Veränderungen erkennt, dann muss sie bereit und in der Lage sein, in Politik und Gesellschaft hineinzugehen und zu erklären, zu werben, zu vermitteln. Sie muss bereit sein, Teil der demokratischen Debatte zu sein, und nicht die eigene, singuläre Erkenntnis so absolut setzen, dass die Vielstimmigkeit und Komplexität der Demokratie am Ende nicht mehr als Weg zur Lösung, sondern als Hindernis erscheint. Kurzum, unser Weg darf nicht heißen: Wissenschaft gegen Politik.

Wir haben es beim Klimawandel gewiss mit dem sprichwörtlichen Gordischen Knoten zu tun. Und den schlägt bekanntlich kein Akteur – und kein Gesetzespaket – alleine durch. Wenn wir aber – im Frust über diesen Zustand – anfangen, jeder für sich und gegeneinander am Knoten zu zerren, so zieht er sich nur fester zu. Mein Wunsch ist dieser: Bleiben wir beieinander, und fordern wir von der Demokratie auch weiterhin nicht mehr, aber auch nicht weniger als das, was sie ist: der Raum zum gemeinsamen Knotenlösen!

Alles andere ist Apokalypse. Und – ich weiß nicht, wie Sie das sehen – Apokalypse lähmt. Sie ermutigt nicht. Sie macht Angst, wo wir Mut zur Veränderung brauchen. Sie lässt den Zweifel größer aussehen und jedes Engagement vergeblicher.

Das ist meine Bitte an die Wissenschaft: Bleiben Sie beharrlich! Erklären Sie, was zu erklären ist – wenn nötig, mehr als einmal! Zeigen Sie die Perspektive! Machen Sie Mut! Erhellen Sie unsere Demokratie! ◀

Diese Rede hat Bundespräsident Steinmeier am 26. September 2019 im Futurium Berlin gehalten. Anlass war die Abschlussveranstaltung der Kampagne „Freiheit ist unser System“, die im Jahr 2019 von der Allianz der Wissenschaftsorganisationen initiiert wurde.



Frank-Walter Steinmeier (Jahrgang 1956) ist seit 2017 Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland. Der promovierte Jurist beginnt seine politische Laufbahn 1991 in der Niedersächsischen Staatskanzlei. 1998 wird er beim damaligen Kanzler Gerhard Schröder Staatssekretär im Bundeskanzleramt, ein Jahr später übernimmt er die Leitung des Amtes. 2005 holt Angela Merkel ihn als Außenminister ins Bundeskabinett, 2007 wird er zudem Vizekanzler. In der Zeit der schwarz-gelben Koalition in Berlin sitzt Steinmeier als SPD-Abgeordneter im Bundestag. Vier Jahre später übernimmt er erneut das Auswärtige Amt und leitet es bis Januar 2017.